

Um die aufkommenden Probleme der beruflichen Bildung in den achtziger Jahren besser als bislang zu lösen, erhalten Prognoseaussagen einen zunehmend wichtigen Stellenwert in der bildungspolitischen Diskussion. Prognosen bilden die Voraussetzung für aktives Planungshandeln, in dem sie auf Strukturen, Defizite, Zusammenhänge etc. hinweisen können. Hierauf wird auch bereits im Ausbildungsplatzförderungsgesetz hingewiesen, wenn dort in § 5 auf die Berufsbildungsplanung eingegangen wird. Das bisherige statistische Instrumentarium findet sich alljährlich zusammengefaßt im Berufsbildungsbericht wieder. In dieser Aussage der BWP wird nun nach der Solidität dieser statistischen Werte gefragt. Die Redaktion weiß, daß die vorgelegten Texte den Lesern einiges an Geduld, Interesse und Aufmerksamkeit abverlangen. Dies trifft insbesondere für die Darstellung der Begründungszusammenhänge und der statistischen Berechnungen zu. Aber — mit der Veröffentlichung der Überlegungen zum Ausbildungsplatzangebot im Jahre 1978 und 1979, dem Modell der Berechnung von Abrechnern und den allgemeineren Überlegungen zur Entwicklung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird ein umfassender Überblick über den Stand der Diskussion vermittelt. Ergänzt werden diese Beiträge durch einen Aufsatz von Prof. Dr. Günter Kutscha, der vorrangig die berufspädagogischen Aspekte der bislang quantitativ geführten Ausbildungsdiskussion einbringt. Dabei wird die Frage aufgeworfen, inwieweit nicht das Berufsausbildungssystem weitgehend darauf verzichtet, Identifikationspotentiale dem Jugendlichen anzubieten. Dies wird darauf zurückgeführt, daß Ausbildungsplätze zunehmend nicht mehr nach subjektiven Fähigkeiten und Neigungen ausgewählt werden können.

Peter-W. Kloas/Bernd Selle/Peter Wordelmann

Die Entwicklung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen

Grundlagen und Probleme von Prognoserechnungen

Prognoserechnungen zur Bestimmung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen haben eine wesentliche Funktion bei Kapazitätsplanungen und politischen Entscheidungen im Bereich der beruflichen Bildung. In diesem Beitrag werden der Stellenwert prognostischer Nachfrageberechnungen sowie die Grundlagen und die verschiedenen Ansätze bisheriger Modellrechnungen dargestellt und problematisiert.

Zum Stellenwert prognostischer Berechnungen des Ausbildungsplatzbedarfs

Das gegenwärtig vorherrschende Problem der beruflichen Bildung liegt in der Versorgung der geübten starken Schulentlassjahrgänge mit Ausbildungsplätzen. Dazu werden im Rahmen eines gemeinsamen Krisenmanagements von Staat und Unternehmen vielfältige Maßnahmen zur Erhöhung des Angebots an Ausbildungsplätzen getroffen. Diese Maßnahmen sind überwiegend kurzfristig angelegt. Das Ziel einer *ausreichenden Versorgung* der Jugendlichen hat momentan vor anderen Zielen der Berufsbildungspolitik (Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, Erhöhung der beruflichen Flexibilität usw.) eindeutig Vorrang. Bisherige Prognosen deuten auf eine Überwindung des Engpaßproblems in wenigen Jahren hin: Orientiert man sich primär an der Entwicklung der Schulabgängerzahlen, so wird allgemein damit gerechnet, daß spätestens ab Mitte der achtziger Jahre eine spürbare Entlastung eintreten wird.

Es wird vielfach befürchtet, daß in der Art und Weise, wie das quantitative Versorgungsproblem *gelöst* wird, zugleich neue, nun eher qualitativ-soziale Probleme angelegt sind, die erhebliche finanzielle Folgen haben werden. Die Benachteiligung der *Randgruppen* von Jugendlichen (Schulabgänger ohne Abschluß, Behinderte, Ausländer; teilweise werden auch Mädchen einbezogen) ist bereits heute offenkundig und bedarf einer korrigierenden Politik. Unklar ist, was mit den Gruppen der während der Jahre des starken Andrangs nach Ausbildungsplätzen anwachsenden *Unversorgten* in Zukunft geschehen wird. Mittel- und längerfristige Folgen sind durch eine *fehlgeleitete Berufswahl* vieler Auszubildender angesichts ausbleibender oder nur geringer

Wahlmöglichkeiten zu erwarten. Berufliche Demotivationen und latente Wechselabsichten werden sich verstärken. Dazu kommt die Befürchtung, daß am Bedarf vorbei qualifiziert wird: Solange der Abbau des Absolventenbergs lediglich unter dem Gesichtspunkt des rein zahlenmäßigen Ausgleichs von Ausbildungsanfrage und -angebot erfolgt, ist nicht auszuschließen, daß ein zunehmender Teil der Jugendlichen in Berufen ausgebildet wird, in denen die Verbleibchancen gering sind. Schließlich wird auch vermutet, daß angesichts der zahlenmäßigen Erhöhung der betrieblichen Ausbildungsplätze geradezu zwangsläufig die Qualität der Ausbildung leiden muß. Diese und andere bis jetzt noch nicht erkannte Probleme werden die Berufsbildungspolitik in den achtziger Jahren vor neue, aber vermutlich kaum geringere Aufgaben als heute stellen.

Die kurze Situationsschilderung wirft zwei Fragenkomplexe auf:

- a) Wie wird sich die quantitative Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in den achtziger Jahren entwickeln? Wird die allgemein erwartete spürbare Entlastung des *Ausbildungsstellenmarktes* von der Nachfrageseite her überhaupt eintreten und wann wird das sein? Wird diese erwartete quantitative Entlastung bessere Voraussetzungen für die Lösung der absehbaren Folgeprobleme schaffen?
- b) Gibt es Möglichkeiten, den nahezu zwangsläufig scheinenden Charakter der Problementwicklung im Bereich der beruflichen Bildung zumindest abzumildern? Welche Formen der Politik als Alternativen zum Krisenmanagement sind vorstellbar? Welche Mittel und Methoden stehen dafür ggf. zur Verfügung?

Im Zusammenhang mit diesen Fragen gewinnen *Prognosen* ihren Sinn. Wenn vorausschauende, gestaltende Politik eine Alternative zum permanenten Krisenmanagement darstellt, dann wird zwangsläufig mehr Planung gefragt. Planung wiederum ist ohne Prognose undenkbar. Prognosen schaffen die Voraussetzungen für aktives Planungshandeln, indem sie erwartete und/oder er-

wünschte Entwicklungen transparent machen, dynamische Zusammenhänge offenlegen und ggf. Handlungsspielräume erkennen lassen*

Eine gesetzliche Verankerung der Planung in der beruflichen Bildung erfolgte im Ausbildungsplatzförderungsgesetz (APIFG) vom 7. September 1976. Im § 5 Absatz (1) heißt es:

„Durch die Berufsbildungsplanung sind Grundlagen für eine abgestimmte und den technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen entsprechende Entwicklung der beruflichen Bildung zu schaffen.“

Und im Absatz (2):

„Die Berufsbildungsplanung hat insbesondere dazu beizutragen, daß die Ausbildungsstätten nach Art, Zahl, Größe und Standort ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Angebot an beruflichen Ausbildungsplätzen gewährleisten und daß sie unter Berücksichtigung der voraussehbaren Nachfrage und des langfristig zu erwartenden Bedarfs an Ausbildungsplätzen möglichst günstig genutzt werden.“

Berufsbildungsplanung ist also gesetzlich vorgeschrieben, Vorausschau ist damit unabdingbar. Im jährlichen Berufsbildungsbericht der Bundesregierung wird diese Vorausschau für das jeweils folgende Jahr vorgenommen. Im § 6 des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes werden die notwendigen Grundlagen für den Aufbau einer Berufsbildungsstatistik für *Zwecke der Planung und Ordnung der Berufsbildung* geschaffen. In knapp drei Jahren seit Inkrafttreten des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes wurde die Datenbasis im Bereich der beruflichen Bildung verbessert, wenn auch keineswegs alle Wünsche befriedigt werden konnten. Darüber hinaus liegen vielfältige Daten aus der Schul-, Hochschul- und Bevölkerungsstatistik sowie einschlägige empirische Untersuchungen vor. Auf der Basis dieser Daten bietet es sich an, der Forderung nach langfristiger Vorausschau über die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen verstärkt nachzukommen.

Grundlagen bisheriger Prognoseansätze zur Vorausberechnung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen

Die bekannten Prognosen der langfristigen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen benutzen alle den gleichen Ansatz. Es handelt sich im Grunde um ein relativ einfaches und transparentes Berechnungsverfahren, das selbst kein prognostisches Element enthält, sondern aus der Zusammenfügung zweier Einzelprognosen (Prognose der Schulabgängerzahlen und Prognose des Übergangsverhaltens) besteht: Die jährliche Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird demnach dadurch ermittelt, daß von den prognostizierten Schulabgängerzahlen des betreffenden Jahres ein bestimmter Teil als Nachfrage nach Ausbildungsplätzen definiert wird. Das geschieht dadurch, daß für die verschiedenen Schulabgänger auch verschiedene Quoten des Übergangs in das System der beruflichen Bildung angenommen werden. Bei den Schulabgängern handelt es sich in der Regel um

- Sonderschüler
- Hauptschüler mit und ohne Abschluß
- Realschüler und mittlere Abschlüsse
- Hochschulberechtigte.

Die Summe der durch Multiplikation mit den verschiedenen Übergangsquoten (beispielsweise 10 v. H. für Hochschulberechtigte) gewonnenen jeweiligen Schulabgängerzahlen stellt dann die Gesamtnachfrage nach Ausbildungsplätzen für das ausgewählte Prognosejahr dar.

Bei der Einschätzung der Brauchbarkeit dieses Verfahrens für konkrete Planungszwecke sind daher vor allem die eingehenden Voraussetzungen und Annahmen zu prüfen.

(1) die *Definition der Gesamtheit, aus der die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen entsteht*. Hier stellt sich die Frage, ob die

o. a. Abgangsarten tatsächlich das gesamte Potential der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen erfassen und welche Konsequenzen sich aus der recht globalen Spezifizierung ergeben. So kann beispielsweise eine Nachfrage zusätzlich auch durch die in dem Prognosejahr vorgelagerten Jahren unversorgt gebliebenen Jugendlichen entstehen. Die Abgrenzung der Gesamtheit bestimmt wesentlich die absolute Höhe der Nachfrage nach Ausbildung.

(2) die *Gültigkeit der Schulabgängerprognose, die als Basis für die Prognose des Ausbildungsplatzbedarfs dient*. In der Regel wird hier die Schulabgängerprognose der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) benutzt. Die Schulabgängerprognose basiert wiederum auf einer Bevölkerungsprognose, wobei diese durch die tatsächlichen Geburtenziffern korrigierbar ist, so daß von der Bevölkerungsentwicklung her keine Fehler in der Abgängerprognose zu erwarten sind. Schwer abschätzbar ist allerdings die Zahl der zukünftigen ausländischen Schulabgänger.

Problematisch ist die mangelnde Transparenz hinsichtlich der länderspezifischen Annahmen über die mögliche Verteilung der Schulabgänger nach Abgangsarten. Hier spielen sehr stark die bestehende Struktur des Schulsystems und die unterschiedlichen bildungspolitischen Vorstellungen der einzelnen Bundesländer eine Rolle, die de facto auch zu sehr unterschiedlichen Quoten der einzelnen Abgangsarten führen. Inwieweit die diesen Verteilungen zugrundeliegenden Annahmen realistisch sind, muß offen bleiben. Da mit unterschiedlichen Abgangsarten normalerweise auch eine unterschiedliche Dauer des Schulbesuchs verbunden ist, können sich hier schwer einschätzbare Auswirkungen auf die jährlichen Gesamtangabanzahlen ergeben.

(3) die *Festlegung der schulabschlußspezifischen Übergangsquoten in das Berufsbildungssystem*. Prinzipiell kann es sich bei der Bestimmung der Übergangsquoten um keine *gesicherten* Prognosen handeln, da das Wahlverhalten der Jugendlichen nach Verlassen der Schule von einer Reihe wechselnder, vor allem ökonomischer Faktoren, von individuellen Verhaltensweisen, aber auch strukturellen Bedingungen des Bildungssystems und externen Steuerungen (Berufsberatung etc.) abhängig ist. Gerade diese Bedingungen bewirken unterschiedliche Wahlchancen. So ist beispielsweise die Perspektive der Hauptschüler ziemlich eindeutig auf die berufliche Bildung ausgerichtet, während sich etwa für Realschüler und Hochschulberechtigte verstärkt alternative weitere Berufswege eröffnen. Insofern ist de facto das Übergangsverhalten in das Berufsbildungssystem je schwieriger zu bestimmen, desto höher der schulische Abschluß ist. Generell muß man deshalb davon ausgehen, daß es sich bei der Festlegung der Übergangsquoten nur um Hypothesen über das zukünftige Übergangsverhalten der Jugendlichen handeln kann.

Wegen der Schwierigkeit, die Entwicklung des Übergangsverhaltens vorherzusehen, arbeiten die im folgenden behandelten Prognosen vereinfachend mit konstanten Übergangsquoten. Damit wird angenommen, daß sich das Übergangsverhalten der Jugendlichen über den Prognosezeitraum nicht verändert. Begründete variable Übergangsquoten zu formulieren, erscheint in der Tat schwierig, es sei denn, es handelt sich um politische Sollsetzungen, bei denen sich dann allerdings das Problem der Realisierung stellen würde. Es ist also idealiter zu unterscheiden zwischen einer Fortschreibung bestehender Übergangsquoten (Ist-Konzept) und einer Bestimmung wünschenswerter Übergangsquoten (Soll-Konzept). Welches Konzept gewählt wird, hängt von dem allgemeinen Verständnis von Prognosen ab, das dem jeweiligen Ansatz zugrundeliegt. Bei einer Einschätzung der Gültigkeit solcher Prognosen ist zu beachten, daß bei Verwendung konstanter Übergangsquoten der Verlauf der Nachfrage entscheidend durch den Verlauf der prognostizierten Schulabgängerzahlen determiniert ist. Vereinfachend gesagt, wird die Nachfragekurve nach Ausbildungsplätzen zum einfachen Abbild der Kurve der Schulabgänger.

Eine unzureichende Definition der Gesamtheit, aus der die Nachfrage entsteht (vgl. (1)), Fehler in der Schulabgängerprognose (vgl. (2)) und „falsche“ Übergangsquoten (vgl. (3)) können zu große oder

* Wir wollen die Probleme der Implementation und Evaluation von Planungsprogrammen sowie die übergreifende Problematik der staatlichen Planungsfähigkeit hier nicht weiter aufgreifen.

zu kleine Prognosezahlen bewirken. Dabei ist es möglich, daß sich Fehler aus diesen drei Teilbereichen gegenseitig verstärken oder auch neutralisieren können Wichtig ist dabei, daß solche Feststellungen immer erst ex post möglich sind und somit die Einschätzung der Gültigkeit der Gesamtprognose äußerst schwierig wird

Grundsätzlich ist auch nicht auszuschließen, daß in die Prognose der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen bereits Erwartungen über das Ausbildungsplatzangebot eingehen. Wird z. B. eine Ausweitung des Angebotspotentials nicht für realisierbar gehalten, so muß damit gerechnet werden, daß im Ergebnis die Nachfragezahlen tendenziell nach unten „gedrückt“ werden. Genügend Spielraum ist — wie die angesprochenen Fehlerquellen deutlich machen — vorhanden

Die vorliegenden Prognosen der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen

Gegenübergestellt werden im folgenden die Prognoseansätze der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) [1], des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) [2], beide aus dem Jahre 1976, und neuere Vorausschätzungen des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) [3] und des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) [4]

Vergleich der Ausgangsdaten

Grundlage der Modellrechnungen der BLK und des KWB bilden die vorausgerechneten Schulabgängerzahlen bis zum Jahre 1995, die die KMK im Mai 1976 veröffentlichte [5]. Die zu erwartenden Schulabgängerzahlen aus den allgemein- und berufsbildenden Schulen wurden durch Simulationsrechnungen mit empirisch abgeleiteten Übergangs- und Erfolgsquoten ermittelt. Dabei wurde ausgegangen von

- der Bevölkerungsprognose der amtlichen Statistik, korrigiert nach der bis 1975 beobachteten tatsächlichen Geburtenentwicklung in den Ländern,
- den Schüler- und Absolventenzahlen bis zum Schuljahr 1974/75

Nicht einbezogen werden konnten diejenigen Einrichtungen, für die die Kultusministerien nicht zuständig sind, z. B. Schulen des Gesundheitswesens, der Bundeswehr und andere ressorteigene Bildungsstätten Grundlage der ZDH-Prognose bilden die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister im Juni 1978 publizierten vorausgerechneten Schulabgängerzahlen [6] Sie basieren auf einer revidierten Bevölkerungsprognose, korrigiert nach der bis 1977 beobachteten tatsächlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern und auf den Ergebnissen der amtlichen Schulstatistik des Schuljahres 1976/77 Bei der Modellrechnung des DIHT handelt es sich um eine Fortschreibung der KWB-Prognose. Über die zugrundeliegenden Schulabgängerzahlen werden keine Angaben gemacht

Alle Berechnungen beziehen sich auf Schulabgänger aus den allgemeinbildenden Schulen und Abgänger aus dem berufsbildenden Schulsystem, soweit sie betriebliche Ausbildungsplätze nachfragen können Bei den *Absolventen der allgemeinbildenden Schulen* — in der Regel Absolventen der Sekundarstufe I (Abgänger aus Haupt- und Sonderschulen und Abgänger mit *mittlerer Reife* aus Realschulen und aus Gymnasien nach Abschluß des 10. Schuljahres) und Absolventen der Sekundarstufe II (mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife) — geht das KWB davon aus, daß Sonderschulabgänger nicht zu berücksichtigen sind: „Die Sonderschüler sind für die Ausbildung im dualen System nicht genügend vorbereitet. Die Ausbildungsordnungen sind generell auf der Basis des Hauptschulabschlusses konzipiert Für die Sonderschulabsolventen sind besondere Bildungsgänge und Maßnahmen erforderlich Es ist insoweit die Aufgabe des Staates, zunächst die Ausbildungseignung herbeizuführen“ [7].

In allen Prognosen werden die Absolventen des *Zweiten Bildungsweges* (Abendrealschulen, Abendgymnasium, Kollegs) ausgeklammert. Von den *Abgängern aus dem berufsbildenden Schulsystem* werden berücksichtigt Abgänger aus dem Berufsgrundbildungsjahr (alle Prognosen), Absolventen berufsbildender Vollzeitschulen mit mittleren Abschlüssen und Fachschulreife (KWB, DIHT, ZDH) und Abgänger an Berufsfachschulen ohne Unterscheidung nach Dauer und Abschluß (BLK)

Vergleich der Gesamtnachfrage-Prognosen

Tabelle 1 Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen (Übergangsquoten in v H)

| | BLK | KWB | DIHT | ZDH |
|---|-------|-------|------|------|
| Von Abgängern der Sekundarstufe I | | | | |
| — aus allgemeinbildenden Schulen | 60 | 63,5* | 64 | 63 |
| — nach einjähriger Berufsfachschule | 8 | — | — | 12** |
| — nach dem BGJ | 3 | 3 | — | |
| — nach mittlerem Abschluß/Fachschulreife an berufsbildenden Vollzeitschulen | — | ca. 6 | 11 | — |
| Zusammen | 71 | 72,5 | 75 | 75 |
| Von Abgängern mit allgemeiner/fachgebundener Hochschulreife | 10/20 | 5 | 12 | 10 |

* Ohne Sonderschüler (einschl. Sonderschüler ergibt sich rechnerisch eine Übergangsquote von 59 v H)

** Vereinfachende rechnerische Annahme für Ausbildungsplatzsuchende nach Abschluß des Berufsgrundbildungsjahres bzw. der Berufsfachschule

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung geht bei der Berechnung der Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen — auf der Basis des Übergangsverhaltens der Absolventen des Jahrgangs 1973/74 — von der Annahme aus, daß von den *Absolventen der Sekundarstufe I*

- 60 v H im Anschluß an die allgemeinbildende Schule eine betriebliche Berufsausbildung aufnehmen,
- 3 v H einen Platz im schulischen Berufsgrundbildungsjahr erhalten,
- 24 v H in Berufsfachschulen übergehen und
- 13 v H auf eine berufliche Qualifizierung verzichten (über ihren Verbleib gibt die BLK-Unterlage keinen Hinweis)

Nach den Überlegungen der BLK bewerben sich um einen betrieblichen Ausbildungsplatz

- 60 v H der Absolventen der Sekundarstufe I des jeweiligen Kalenderjahres (s. o.),
- 100 v H der Absolventen des schulischen BGJ, d. h. 3 v H der Absolventen der Sekundarstufe I des Vorjahres,
- 33 v H der Schüler im ersten Jahr der Berufsfachschulen des Vorjahres, d. h. 8 v H der Absolventen der Sekundarstufe I des Vorjahres

Damit treten insgesamt 71 v H der Absolventen der Sekundarstufe I als Nachfrager nach betrieblicher Ausbildung auf

Von den Absolventen der *Sekundarstufe II* wird angenommen, daß — anstatt bisher 3 v H — künftig 10 v H (bzw. alternativ 20 v H) einen betrieblichen Ausbildungsplatz nachfragen

Eine weitere Erhöhung der Gesamtnachfrage ergäbe sich für den Fall, daß zukünftig der Zugang zur Klasse 11 der Fachoberschule nur noch mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung möglich wäre.

Der Vorausberechnung der Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen durch das *KWB* liegen — ermittelt aus den beobachteten Werten der letzten Jahre — folgende Übergangsquoten zugrunde:

- 63,5 v. H für Schulabgänger der Sekundarstufe I (ohne Sonderschüler),
- 5,0 v. H für Absolventen der Sekundarstufe II,
- 43,0 v. H für Abgänger aus beruflichen Vollzeitschulen mit mittlerem Abschluß/Fachschulreife, d. h. ca. 6 v. H. der Absolventen der Sekundarstufe I zwei Jahre zuvor,
- 100,0 v. H. für Absolventen des BGJ, d. h. 3 v. H. der Absolventen der Sekundarstufe I des Vorjahres.

Die neueren Berechnungen des *DIHT* und *ZDH* gehen teilweise von höheren Übergangsquoten aus. Für die Abgänger der Sekundarstufe I geht der *DIHT* von einer Übergangsquote von 64 v. H. aus, der *ZDH* von 63 v. H. Für die Absolventen des BGJ macht der *DIHT* keine Angaben. Der *ZDH* nimmt für Abgänger nach Abschluß des BGJ bzw. der Berufsfachschule vereinfachend eine Übergangsquote von 12 v. H. der Abgänger der Sekundarstufe I des Vorjahres an. Die Abgänger aus beruflichen Vollzeitschulen mit mittlerem Abschluß gehen mit 11 v. H. der Sekundarstufe-I-Abgänger des Vorjahres in die Berechnung des *DIHT* ein. Die Annahmen beider Berechnungen entsprechen weitgehend den Ausführungen des Berufsbildungsberichtes 1977. War das *KWB* noch 1976 der Meinung, eine Übergangsquote von 10 v. H. und mehr für Abgänger der Sekundarstufe II erscheine „als unrealistisch und als ein Versuch, die staatliche Verantwortung für die Abiturienten auf die Wirtschaft zu verlagern“ [8], so rechnet der *DIHT* 1978 mit einer Übergangsquote von 12 v. H. (*ZDH* 10 v. H.).

Vergleich der Übergangsquoten

Tabelle 2 Schätzung der jährlichen Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen für Neueintritte 1975—1995 — in Tausend —

| | BLK * | | | KWB ** | DIHT | ZDH |
|------|-------|-----|-----|--------|------|-----|
| | I | II | III | | | |
| 1975 | | | | 460 | | |
| 1976 | | | | 450 | 524 | |
| 1977 | 466 | 507 | 521 | 488 | 586 | |
| 1978 | 505 | 548 | 563 | 521 | 628 | 640 |
| 1979 | 540 | 582 | 595 | 530 | 655 | 656 |
| 1980 | 550 | 594 | 610 | 540 | 665 | 660 |
| 1981 | 554 | 603 | 621 | 538 | 645 | 640 |
| 1982 | 547 | 598 | 617 | 530 | | 646 |
| 1983 | 535 | 586 | 605 | 517 | | 638 |
| 1984 | 520 | 570 | 590 | 495 | | 615 |
| 1985 | 494 | 543 | 562 | 467 | 579 | 575 |
| 1986 | 466 | 514 | 533 | | | 535 |
| 1987 | 435 | 480 | 498 | | | |
| 1988 | 408 | 450 | 467 | | | |
| 1989 | 384 | 424 | 439 | | | |
| 1990 | 364 | 401 | 415 | 347 | | 399 |
| 1991 | 351 | | | | | |
| 1995 | | | | | | 384 |

* BLK I Nachfrage der Abgänger des Sekundarbereichs I, des BGJ, der Berufsfachschule BLK II I + Nachfrage der Fachoberschüler der Klasse 11 + Nachfrage von 10 v. H. der Studienberechtigten BLK III I + Nachfrage der Fachoberschüler der Klasse 11 + Nachfrage von 20 v. H. der Studienberechtigten

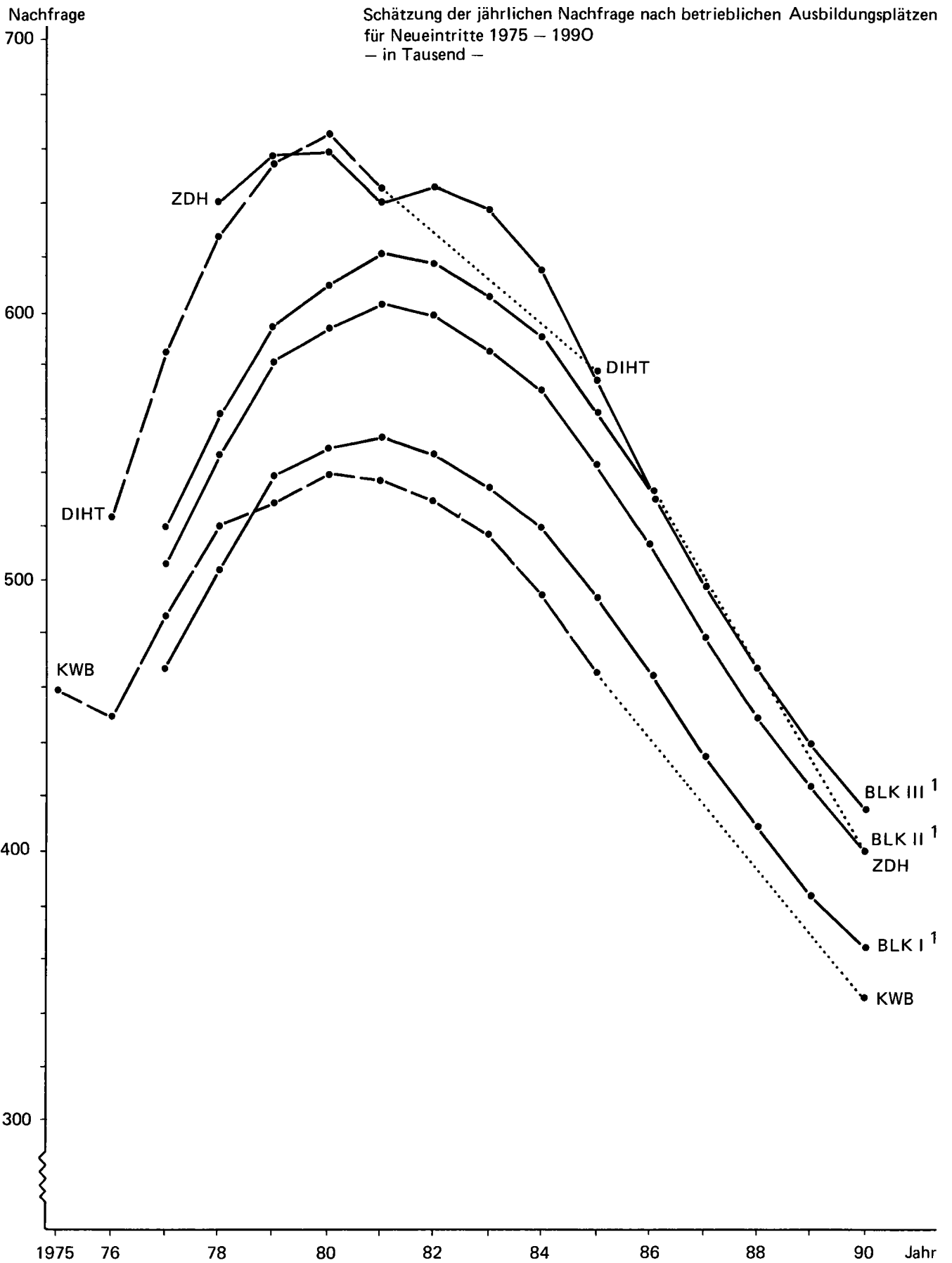
** Ohne Sonderschüler

Tabelle 2 und die Abbildung geben den Verlauf der vorausberechneten Gesamtnachfrage nach Ausbildungsplätzen wieder. Während die BLK-Prognosen den Höhepunkt der Nachfrage für das Jahr 1981 voraussagen, ist die Entwicklung nach den Berechnungen des *KWB* bzw. *DIHT* und des *ZDH* in diesem Jahr bereits wieder rückläufig. Der in der *ZDH*-Schätzung sichtbare erneute Anstieg der Nachfrage im Jahre 1982 spiegelt die Entwicklung der Schulabgängerzahlen nach den Annahmen der *KMK* von 1978 wieder. Da die Werte in der neuen *KMK*-Prognose *beträchtlich über den alten Berechnungen von 1976* liegen, und da die neueren Prognosen von erhöhten Übergangsquoten ausgehen, besteht z. B. zwischen der alten Prognose des *KWB* und den Neuberechnungen des *DIHT* und des *ZDH* für 1980 eine Differenz von 125 000 bzw. 120 000 Nachfragern nach betrieblichen Ausbildungsplätzen. Die erhöhten Übergangsquoten ergeben sich vor allem aus dem festzustellenden Rückgang des Anteils derjenigen, die keinen Ausbildungsplatz nachfragen, zwischen 1974 und 1977 (vgl. Berufsbildungsbericht 1977/1978).

Forderungen

Aus der Kritik an den bisherigen Prognoseansätzen und Vorausberechnungen der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen lassen sich zusammenfassend folgende Forderungen an künftige Modellrechnungen ableiten

- Ziel, Zweck und Annahmen (Hypothesen und politische Zielsetzungen) des Prognoseverfahrens sind zu nennen. Nur so können die Berechnungen nachvollzogen und der Stellenwert der Ergebnisse eingeschätzt werden. Diese Forderung bezieht sich auch auf die der Gesamtprognose zugrundeliegenden Einzelprognosen der Schulabgängerzahlen und der Übergangsquoten (die bisherigen Vorausberechnungen der Schulabgängerzahlen z. B. lassen fast jede Angabe über die länderspezifischen Ausgangsannahmen vermissen)
- Die Grundgesamtheit, aus der die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen entsteht, ist erweitert zu definieren, wenn nicht für alle in Frage kommenden Jugendlichen eine Nachfrage nach einem Ausbildungsplatz unterstellt wird. Neben den Schulabgängern des jeweiligen Prognosejahres sind dann die *Unversorgten* der vorausgegangenen Jahre einzubeziehen
- Zur Ermittlung begründeter — auch variabler — Übergangsquoten (Anteil der Nachfrager nach Ausbildungsplätzen, differenziert nach der Art des Schulabschlusses bzw. nach den verschiedenen *Unversorgten*-Gruppen) sind weiterhin eingehende Untersuchungen des gewünschten und realisierten Übergangsverhaltens in das Berufsbildungssystem notwendig [9]. Zu klären ist in diesem Zusammenhang auch die Frage, inwieweit einerseits das Angebot an Ausbildungsplätzen selbst und andererseits das Angebot alternativer Bildungswege bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten die Ausbildungsplatznachfrage beeinflusst. Auch liegen noch keine gesicherten Ergebnisse darüber vor, inwieweit durch den Ausbau berufsvorbereitender Maßnahmen (BGJ, Lehrgänge nach dem Arbeitsförderungsgesetz) letztlich die ursprüngliche Nachfrage nach Ausbildungsplätzen (beim Verlassen der allgemeinbildenden Schule) später (nach Abschluß der berufsvorbereitenden Maßnahme) noch aufrecht erhalten wird.
- Die abschließende Forderung bezieht sich auf das grundsätzliche Prognoseverständnis: Nicht selten wird Prognosen mehr Wert zugemessen als sie selbst bei hohem Qualitätsniveau erreichen können. Vorausberechnungen können nicht — es sei denn zufällig — tatsächliche Verhältnisse vorwegnehmen. Sie sollten deshalb auch nicht zur *self-fulfilling-prophecy* (sich selbst erfüllenden Prophezeiung) werden, sondern lediglich eine Hilfestellung für einen permanenten, auch kontroversen Diskussionsprozeß über zukünftige Verhältnisse und Entwicklungen darstellen.



1) Vgl. Tabelle 2, Fußnote*

..... keine Angaben vorhanden

Anmerkungen

- [1] Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) Diagnose der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen, Bonn 1976
- [2] Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) Zum Ausbildungsplatzbedarf im kommenden Jahrzehnt, Bonn 1976
- [3] Vgl. ZDH-kontakte 26/1978, Bonn 1978, S. 223–226
- [4] Vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (iwd), 9/79, Köln 1979
- [5] Vgl. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1973 bis 1995, Dokumentation Nr. 50, Mai 1976
- [6] Vgl. KMK Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1976 bis 1995, Dokumentation Nr. 56, Juni 1978
- [7] Kuratorium der Deutschen Wirtschaft, a a O., S. 11
- [8] Kuratorium der Deutschen Wirtschaft, a a O., S. 13
- [9] Vgl. dazu die bereits vorliegenden Untersuchungen des IAB und der HIS GmbH Stegmann, H., Holzbauer, I. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und ihre Realisierung bei Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen. In: MITTAB, 2/1978, S. 148–170 sowie Birk L., Griesbach, H., Lewin, K., Schacher, M. Abiturienten zwischen Schule, Studium und Beruf — Wirklichkeit und Wünsche. München, New York 1978

Gunter Kohlheyer

Das Angebot an Ausbildungsplätzen im Handwerk

Bericht über das Ausbildungsverhalten der Handwerksbetriebe

In der Handwerkserhebung 1977 des Bundesinstitutes für Berufsbildung [1] wurde das Ausbildungsverhalten der Betriebe vor dem Hintergrund ihrer Ausbildungsfähigkeit, ihrer Ausbildungskapazitäten, der Bereitschaft für ein Angebot dieser Plätze und die Nachfrage nach diesen Plätzen untersucht. Damals ergab sich, daß — von Betrieben ohne Ausbildungsbeurteilung abgesehen, die nicht untersucht wurden — fast die Hälfte aller Betriebe (48 v. H.) Lehrlinge ausbildete und sich unter den verbleibenden 52 v. H. die Mehrheit — nämlich zwei Drittel — Ausbildungsleistungen zutraut. Es erschien deshalb berechtigt, allen Betrieben die konkrete Frage vorzulegen, ob und wieviele Auszubildende sie für das folgende Jahr 1978 einstellen wollen.

Rund 20 v. H. der Befragten waren damals nicht oder nicht genau in der Lage auf ein Jahr im voraus ihre Absichten zu beziffern. Die übrigen Befragten konnten aber bereits konkrete Zahlen nennen.

Tabelle 1 Jahresvorausschau der Betriebe von 1977 auf 1978

| Einstellung für 1978 | | | | (Durchschnitt der geplanten Einstellung pro Betrieb) | Σ |
|-------------------------|---------------|------------------|------------------------------------|---|-----------|
| | un- sicher | keine geplant | kon- krete Anzahl geplant | | |
| Aus- bildung 1977 | | | | | |
| ja | 20 v. H. | 21 v. H. | 59 v. H. | (1,18) | 100 v. H. |
| nein | 19 v. H. | 68 v. H. | 13 v. H. | (0,15) | 100 v. H. |
| Σ | 19 v. H. | 45 v. H. | 36 v. H. | (0,66) | 100 v. H. |

1978 fand eine weitere Erhebung bei denselben Handwerksbetrieben statt (Handwerkserhebung 1978), die mit 77 v. H. eine für postalische Panelbefragungen sehr hohe Rücklaufquote aufwies.

Auch diesmal wurde die Frage nach den Einstellungsabsichten des Folgejahres (also 1979) gestellt, mit dem Ergebnis einer außerordentlich niedrigen Quote noch ungewisser Fälle. Wie sich schon in der Vorjahreserhebung andeutete, tendieren die noch nicht ausbildenden Betriebe mehr und mehr zu einer Einstellung Jugendlicher.

Tabelle 2 Jahresvorausschau der Betriebe von 1978 auf 1979

| Einstellung für 1979 | | | | (Durchschnitt der geplanten Einstellung pro Betrieb) | Σ |
|----------------------------|---------------|------------------|------------------------------------|---|-----------|
| | un- sicher | keine geplant | kon- krete Anzahl geplant | | |
| der- zeit Ausbildung | | | | | |
| ja | 2 v. H. | 35 v. H. | 63 v. H. | (1,05) | 100 v. H. |
| nein | 2 v. H. | 75 v. H. | 23 v. H. | (0,27) | 100 v. H. |
| Σ | 2 v. H. | 51 v. H. | 47 v. H. | (0,66) | 100 v. H. |

Vergleich der Vorausschau auf 1978 mit der tatsächlichen Entwicklung

Die im Jahr 1977 für 1978 erfragte Vorausschau ließ eine Steigerung des Gesamtangebotes von 63,5 auf 66,5 Plätze pro 100 Betriebe, also um 4,7 v. H. erwarten. Die tatsächliche Entwicklung